



Daniela Wagner
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Darmstadt, 16.10.2019

Daniela Wagner, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Büro: Jakob-Kaiser-Haus

Telefon: +49 30 227-78551

Fax: +49 30 227-70552

Email: Daniela.Wagner@bundestag.de

Wahlkreisbüro Darmstadt

Lauteschlägerstr. 38
64289 Darmstadt

Telefon: +49 6151 9712998

Fax: +49 6151-61401

Email:

Daniela.Wagner.wk@bundestag.de

„Warten aufs Wohnheim - Mietenexplosion hat Studierende voll erfasst. 2000 Studierende auf Warteliste des Studierendenwerks Darmstadt“

Die Vorlesungen an den Hochschulen starten in diesen Tagen. Gerade für die Erstsemester beginnt eine wichtige, spannende und neue Phase ihres Lebens. Doch immer mehr Studierende können sich nicht auf das Studium konzentrieren, sondern suchen noch vergeblich nach einer Bleibe. Die Mietenexplosion hat die Studierenden voll erfasst.

Dazu die Darmstädter Bundestagsabgeordnete Daniela Wagner: „Wohnen muss auch für Studierende bezahlbar sein. Mietenexplosion und historischer Tiefstand bei den Wohnheimplätzen müssen der Bundesregierung ein Weckruf sein. Eine gemeinsame Wohnheim-Offensive mit den Ländern ist die richtige Antwort auf lange Wartezeiten auf einen Wohnheimplatz. Andernfalls drohen zu Semesterbeginn künftig Zelt- oder Matratzenlager auf dem Campus.“
Zugleich warb Wagner dafür, dass vielleicht die eine oder der andere in Darmstadt für die angehenden Akademiker*innen noch eine Unterkunft zumindest für den Übergang zur Verfügung stellen könne. Ein Dauerzustand könne das aber nicht sein.

In Hochschulstädten wie der unseren werden auf dem freien Markt für kleine Wohnungen inzwischen im Schnitt über 400 Euro gezahlt und damit deutlich mehr als die 325 Euro, die im BAföG pauschal für das Wohnen gewährt werden. Wagner: „Wer kein Wohnheimplatz bekommt oder nicht im Elternhaus wohnen kann weil dieses zu weit von der Universität oder Fachhochschule entfernt ist, muss sich eine Wohnung oder ein Zimmer am freien Markt mit sehr hohen Mieten suchen. Auch deshalb muss die Mietpreisbremse endlich scharf gestellt werden und unsinnige Ausnahme wie möblierte Wohnungen und Zimmer gestrichen werden. Denn solche Angebote haben sich in den letzten Jahren am Wohnungsmarkt vervierfacht, weil für diese die Mietpreisbremse nicht gilt und dadurch höhere



Mietpreise möglich sind. Zusätzlich muss dringend die Mietkostenpauschale im BAföG angepasst werden.“

Das Gros der öffentlich geförderten Wohnheimplätze stammt aus Bund-Länder-Programmen der Vergangenheit. Wagner: „An diese erfolgreichen Programme gilt es anzuknüpfen, anstatt Verantwortung weg zu delegieren, wie es aktuell die Maxime der Bundesregierung ist. Bauminister Seehofer und Bildungsministerin Karliczek müssen liefern statt studentischer Wohnungsnot tatenlos zuzusehen. Gerade Studieninteressierte aus einkommensarmen Nicht-Akademiker-Familien sind auf eine verlässliche Studienfinanzierung und eine bezahlbare Bleibe angewiesen, damit der Bildungsaufstieg gelingt.“

Die hessische Landesregierung hat sich im Koalitionsvertrag bereits dazu bekannt eine Versorgungsquote mit Wohnheimplätzen von 10% zu erreichen. Der GRÜN geführte Magistrat der Stadt Darmstadt sorgt ebenfalls für neuen Wohnraum. Beispielsweise auf Lincoln wurde Wohnraum für Studierende bereitgestellt.

Hintergrundmaterial:

Die grüne Bundestagsfraktion hat eine „Offensive für bezahlbaren Wohnraum für Studierende“ beschlossen, über die nun im Bundestag beraten wird.

<https://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/135/1913551.pdf>